

WORKING PAPER

**WAS BLEIBT NACH
CORONA?
EIN POLITISCHES
ZWISCHENFAZIT**

April 2020

WAS BLEIBT NACH CORONA? EIN POLITISCHES ZWISCHENFAZIT

Cédric Wermuth, Pascal Zwicky

ABSTRACT

Die Corona-Krise pflügt gerade Politik, Wirtschaft und unseren persönlichen Alltag um. Die tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen, die wir in den letzten Wochen miterlebten, waren vor zwei Monaten noch undenkbar. In der gegenwärtigen Krise ist der Kaiser vor der versammelten Weltöffentlichkeit plötzlich nackt, wahrscheinlich nackter denn je zuvor. Die Krise ist also, so glauben wir, viel mehr als der temporäre Ausnahmezustand, den wir aktuell durchstehen. Sie macht Schluss mit diversen vermeintlichen Gewissheiten und erweitert vor allem auch unsere gemeinsame Vorstellungswelt.



Die offene Frage ist, ob sich daraus tatsächlich grundlegende Veränderungen ergeben. Der bekannte Ökonom Dani Rodrick¹ beispielsweise ist skeptisch. Er beobachtet in der Krise in erster Linie eine für ihn wenig überraschende Zuspitzung der vorherrschenden Politik einzelner Länder und geht ganz nüchtern von einer "linearen" Fortführung der bereits vor der Krise dagewesenen Tendenzen und Prozesse aus. Und der französische Philosoph Alain Badiou² hält es gar für eine gefährliche linke Phantasterei zu glauben, der globale Kapitalismus könne durch diese Krise ernsthaft geschwächt werden. Uns scheint eine solche Analyse diesmal allerdings zu kurz zu greifen. Wir sind der Meinung, dass Rodrick, Badiou und andere damit die Mobilisierungs- und Veränderungspotenziale, die in der Krise liegen, vorschnell beiseite schieben. Deshalb wollen wir im Folgenden der Frage nachgehen, welche Erkenntnisse und Lehren die Linke aus der Krise für eine zukunftsfähige Politik ziehen kann und soll. Fünf Punkte sind für uns dabei zentral:

1. Eine erste Erkenntnis: Der globale Kapitalismus und die Corona-Pandemie

Pandemien sind kein Zufall. Sie hängen mit der Art und Weise zusammen, wie Menschen zusammenleben und mit dem Verhältnis zwischen Gesellschaft und Natur. Die Wissenschaft und auch die UNO machen seit Jahren eindringlich darauf aufmerksam: Die zunehmende Zerstörung des Lebensraums von Wildtieren, die abnehmende Biodiversität, die Ressourcenübernutzung und der Klimawandel erhöhen das Risiko der Übertragung von Krankheiten von Tieren auf Menschen. Die Abstände zwischen Epidemien werden kürzer. Der weltweite Handel, globale Produktionsketten, der Tourismus und die Urbanisierung erhöhen die "Umlaufgeschwindigkeit" von Viren und Bakterien. Kurz: Viren sind ein normaler Bestandteil des Lebens auf dem Planeten Erde. Gefährliche Mutationen oder einzelne Übertragungen hat es schon immer gegeben und sind per se nicht kontrollierbar, ihre Häufigkeit und schnelle, grossflächige Verbreitung sind aber insbesondere auch gesellschaftliche Phänomene.

Die Corona-Epidemie zeigt, dass der globale Kapitalismus gerade in seiner neoliberalen Form nicht fähig ist, Pandemien zu verhindern oder in angemessener und koordinierter Weise auf sie zu reagieren. Es ist ein ziemlich stabiles Muster: Dort wo neoliberale Politiken und Ideen wie die Privatisierung der Gesundheitsversorgung oder rigide Austeritätsprogramme mit besonderem Nachdruck verfolgt wurden, sei es aus Überzeugung (bspw. USA oder Grossbritannien) oder auf Druck von aussen (bspw. in Italien oder Spanien), leiden die Menschen besonders stark. Und im Umkehrschluss gilt auch, dass alles was gegen die Pandemie wirkt insbesondere gut ausgestattete, kooperative und koordiniert agierende Gesundheitssysteme und solidarisches Verhalten im Alltag der neoliberalen Ideologie von Privateigentum, Profitmaximierung und Konkurrenz ziemlich diametral entgegensteht.

Zu betonen ist allerdings auch, dass die neoliberalen Scharfmacher dieses Mal

nicht durchmarschiert sind. Gerade Boris Johnson und Donald Trump haben anfänglich mit Verweis auf die Selbstheilungskräfte des Marktes jede staatliche Intervention abgelehnt. Schlimmer noch, zumindest in ihrem Umfeld wurden Stimmen laut³, die Alten müssten sich jetzt halt zugunsten der Wirtschaft opfern. Sie sind damit nicht durchgekommen. Überall fordern die Menschen Solidarität mit den sogenannten "Risikogruppen" ein, der intuitive Widerstand gegen den neo-liberalen Sozialdarwinismus dürfte durch die Krisenerfahrung der letzten Jahre geschärft worden sein.

Ein ähnlich ambivalentes Bild zeigt sich mit Blick auf die internationalen Institutionen: Trotz eindeutiger Warnung der Spezialist*innen vor einem zunehmendem Pandemie und Krankheitsrisiko, bleibt die WHO unterfinanziert: Ihr Etat beträgt gerade mal 1.5% des Umsatzes der 21 grössten Pharmakonzerne (tatsächlich ist die WHO heute so dramatisch unterfinanziert, dass die private „Bill & Melinda Gates Foundation“ nach den USA ihr zweitgrösster Geldgeber ist – vor allen anderen Staaten). Die Forschung an Coronaviren lag während Jahren brach, gleichzeitig wächst das Netz globaler Handelsverträge. Genau hier liegt das Problem: Im globalen Kapitalismus werden Institutionen und Ressourcen dort aufgebaut und eingesetzt, wo sie Rendite versprechen und nicht dort, wo es menschliche, aber "kaufkraftschwache" Bedürfnisse gibt. Selbst in der Corona-Krise scheint es der auf Standortwettbewerb getrimmten Staatengemeinschaft im ersten Moment schwer zu fallen, die unbestreitbar notwendige Kooperation zur Bekämpfung der Pandemie aufzugleisen. Davon zeugen die Bieterschlachten um medizinisches Material, die Unfähigkeit, schon nur die Hotspots der Flüchtlingskrise zu evakuieren oder die nach wie vor verhärteten Positionen in der Diskussion um sogenannte Corona-Bonds in Europa. Mit dem Fortgang der Krise offenbart sich allerdings auch eine etwas verzögerte, aber dennoch klare Hinwendung zur Zusammenarbeit. So übernehmen Anrainerstaaten Frankreichs und Italiens inzwischen Patienten aus diesen Ländern, die Staaten unterstützen sich gegenseitig mit Hilfsgütern oder medizinischem Personal. An solchen Kooperationserfahrungen gilt es nach der Krise anzuknüpfen.

2. Eine zweite Erkenntnis: Die Pandemie stellt die Ökonomie vom Kopf auf die Füsse

Krisen funktionieren oft als eine Art Vergrösserungsglas für gesellschaftliche Probleme. Das gilt auch für Corona. Das Virus unterscheidet zwar nicht zwischen Geschlecht, Hautfarbe oder Klasse, die gesellschaftlichen Strukturen aber schon. Die gute Nachricht: Aktuell wird die gesellschaftliche Debatte über Wirtschaft in der Schweiz in mindestens viererlei Hinsicht vom Kopf auf die Füsse gestellt.

Erstens wird deutlich, dass auch in der reichen Schweiz viele Menschen im oder am Rande des Prekariats leben. Dieses verschleierte Prekariat fällt im Normalmodus nicht auf. Es sind Menschen, die durchaus Löhne verdienen, hinter denen man keine harten ökonomischen Verhältnisse erwarten würde. Aber es handelt sich um einen "Wohlstand auf Abruf", wie es Rieger et al.⁴ nennen. D.h., die Einkommen dieser Menschen reichen nicht, um ein Polster anzulegen, also um Vermögen zu bilden. Sie leben nicht gerade von der Hand in den Mund, aber ein

oder zwei Monate Einkommensausfall drohen sie zu ruinieren. Rieger et al. schätzen, dass alleine in der Schweiz fast 1.9 Millionen Lohnabhängige zu diesem Teil der Arbeiter*innenklasse mit unteren Löhnen (13x 6000 Franken) gezählt werden müssen. Es handelt sich dabei zwar auch um atypisch Beschäftigte (temporär, auf Abruf oder im Stundenlohn), aber lange nicht nur. Hinzu kommt ein grosser Teil der 330'000 Einzelunternehmen, die finanziell oft kaum bessergestellt sind. Das sind zwischen 35% und 45% der werktätigen Bevölkerung. Diese Gruppe trifft die Krise besonders hart, da sie entweder von staatlichen Hilfeleistungen gar nicht profitieren oder nur mit spürbaren Einkommenseinbussen.

Zweitens: Bis vor kurzem hätten wir uns unter der Schlagzeile "Bundesrat erklärt bestimmte Branchen für systemrelevant" wohl noch Bilder von den Zentralen grosser Banken und Finanzkonzerne vorgestellt. Klar, diese sind für die moderne, kapitalistische Wirtschaft enorm wichtig. In der Coronakrise wird aber klar, dass die eigentliche Systemrelevanz, die Relevanz für die ganze Gesellschaft, woanders liegt: beim Pflegepersonal, der Supermarktkassierer*innen, der Kita-Betreuer, der Lagerarbeiterin, dem Lebensmittelproduzenten, der Bauarbeiterin oder den Lieferant*innen. Diejenigen, die sonst meist unter dem Radar bleiben, werden plötzlich von allen Seiten beklatscht. Es ist die Arbeiter*innenklasse, die das gesellschaftliche Leben am Laufen hält. Es ist dann auch kein Zufall, dass der Druck der grossen Wirtschaftsverbände steigt, alle Bereiche der Wirtschaft so schnell wie möglich wieder aus dem „Lockdown“ freizugeben. Die Krise zeigt, wie Vijay Prashad⁵ schreibt, "that workers exist. The State imposed general strike to prevent the spread of the virus and its consequences have proved that it is workers who produce value in our society and not 'entrepreneurs' who generate ideas, which they claim fancifully produces wealth. A world without workers is a world that halts." Kapital kann alleine nicht überleben. Dieses erneuerte (Selbst)Bewusstsein gilt es zu nutzen. Die Beschäftigten, die Gewerkschaften, die progressiven Kräfte in der Politik müssen sich gemeinsam für bessere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Mitbestimmungsrechte stark machen.

Drittens belegt die Krise, worauf feministische Bewegungen längst hinweisen: Care- und Reproduktionsarbeit ist nicht etwas, das netterweise von jenen, die "richtig arbeiten" quersubventioniert wird, sondern selber integraler Bestandteil ja Ursprung der Wertschöpfungskette. Ohne, dass jemand die bezahlt wie auch die unbezahlte Care-Arbeit leistet, ist an eine Wirtschaft nicht zu denken. Nur, weil sich die einen immer noch grossmehrheitlich Frauen um die Pflege, Betreuung und Erziehung von Alten, Kranken und Kindern kümmern, können die anderen überhaupt am Arbeitsplatz erscheinen. Das steht im krassen Widerspruch zur Geringschätzung dieser Arbeit. Unbezahlte Care-Arbeit wird generell nicht als Arbeit wahrgenommen, obwohl sie Schätzungen zufolge im Marktvergleich alle in der Schweiz fast 250 Milliarden Franken pro Jahr an Wert ausmacht. Bei der bezahlten Care-Arbeit ist das Missverhältnis ähnlich, die Löhne und Arbeitsbedingungen liegen weit unter ihrer gesellschaftlichen Bedeutung. Das gilt übrigens genauso für die neuerdings als systemrelevant erklärten Bereich des Detailhandels (ca. 2/3 Frauen). Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die umfassenden Darstellungen von Nina Hüsler und Tamara Funicello⁶ sowie Ruth Gurny und Beat Ring-

ger⁷ in diesem Blog.

Viertens lässt die Krise die Geister der Vergangenheit wiederaufleben. "Er ist wieder da!" titelt die deutsche Wirtschaftswoche⁸ leicht panisch, illustriert mit einem Bild von Karl Marx mit Gesichtsmaske. Worauf das Titelbild verweisen soll: Eiserne Dogmen der neoklassischen Wirtschaftsweisheit lösen sich vor unseren Augen in Luft auf. So kündigt die britische Zentralbank an, die Rettungsmaßnahmen des Staates direkt finanzieren zu wollen. Und plötzlich ist gesellschaftliche und politische Planung wieder en vogue. In der Schweiz beispielsweise treten der zuständige Bundesrat Maurer, die CEOs der grössten Banken, die Finanzmarktaufsicht und die Nationalbank gemeinsam vor die Medien, um das grösste Investitionsprogramm der Geschichte des Landes bekannt zu geben. Auch wenn die demokratische Legitimation durch Notrecht zweifelhaft ist (wir kommen gleich darauf zurück), zeigen die wirtschaftspolitischen Massnahmen der Schweiz und anderer Länder eines: Eine gesellschaftliche Planung gerade "der Wirtschaft" ist möglich. Die Frage wird sich nach der Krise unweigerlich stellen: Warum soll ein vergleichbares Programm für den ökologischen Umbau nicht auch möglich sein?

3. Eine dritte Erkenntnis: Das Eis der liberalen Demokratie ist dünn

Die Corona-Krise ist ein Stresstest für die Demokratie. In der Schweiz hat sich das Parlament selbst entmachtet und seine Arbeit mehrere Wochen eingestellt eine Selbstbeschneidung der Volksvertretung, die beispiellos geblieben ist. Es sind vor allem Regierungsvertreter*innen und sogenannte Expert*innen (vorab aus dem medizinischen Sektor⁹), die den Ton angeben. Und viele Bürger*innen scheinen damit eigentlich ganz zufrieden. Der Ruf nach der "starken Hand" in der Krise ist unüberhörbar. Dabei bringt der Ausnahmezustand demokratiepolitisch ernsthafte Probleme mit sich. Global sowieso: Nicht wenige politische Machthaber missbrauchen den Notstand, um die elektronische Überwachung auszubauen, die Medien einzuschränken, unliebsame politische Gegner loszuwerden oder mundtot zu machen, so geschehen im Kosovo, in Serbien oder Ungarn. Aber auch in der Schweiz ist das Regieren mittels Notrecht problematisch: Nach dem Abbruch der Session der Eidgenössischen Räte und dem Unterbruch der Kommissionsarbeit, ist die legislative und exekutive Macht ausschliesslich bei Personen konzentriert, die nie von der Bevölkerung direkt gewählt wurden. Faktisch übernahm innert weniger Tagen, vor allem was die wirtschaftlichen Massnahmepakete angeht, eine Art Aristokratie der Wirtschafts- und Verbandseliten die Macht. Das hat natürlich auch zu schnellen, positiven Entscheiden geführt. Es ist fraglich, ob die Ausweitung der Kurzarbeit mit den aktuellen Mehrheiten des Parlaments gelungen wäre. Andererseits schreiben plötzlich die CEOs der Banken zusammen mit der Verwaltung die Gesetze der wirtschaftlichen Rettung. Nicht ohne Wirkung: Als eine der ersten Massnahmen lockerte der Bundesrat ohne Not die Arbeitszeitregelungen für Lastkraftfahrer*innen und im Gesundheitsbereich und eliminierte zumindest temporär gewisse Regulierungen im Bankenwesen. Es ist kein Zufall, dass in einer solchen Situation die Anliegen von Gruppen mit wenig gesellschaftlicher Macht nur unzureichend berücksichtigt werden: Von der Finanzierung von Kindertagesstätten über die Absicherung von indirekt betroffenen Selbständigen bis hin zu Geflüchteten, Asylsuchenden und Sans Papiers. Gerade bei letzteren zeigt sich,

wie schnell auch die Grundrechte der liberalen Demokratie im Notstand brüchig werden. Ungeachtet völkerrechtlicher Verpflichtungen verbot der Bundesrat Flüchtlingen die Einreise in die Schweiz und ermöglichte die Abschwächung des Rechtsschutzes im Asylverfahren. Es wird sich zeigen, ob diese Massnahmen nach der Krise tatsächlich vollständig aufgehoben werden. Die Linke tut gut auf jeden Fall gut daran, die Rückkehr des starken Staates nicht blind zu begrüßen, sondern kritisch zu begleiten. Die Stärkung, die Demokratisierung der Demokratie auch das gehört zu unseren Aufgaben nach der Krise.

4. Die Krise als Chance? System change ist nötig und plötzlich möglich

Es scheint uns zynisch von einer "Krise als Chance" zu sprechen, solange Menschen aufgrund des Corona-Virus auf Intensivstationen um ihr Leben kämpfen. Es ist aber unbestreitbar, dass sich aus der Krise neue Potenziale für eine progressive Politik ergeben. Bis vor kurzem hiess es, ein radikaler Wandel unserer „imperialen Lebensweise“, ein System Change wie ihn etwa die Klimabewegung fordert, sei schlichtweg nicht möglich. Dann beschlossen weltweit Regierungen innert Tagen Rettungsmassnahmen für ihre Volkswirtschaften, die weit über alles hinausgehen, was bisher als Krisenintervention bekannt war. In der Schweiz setzten Regierung, Banken, Bankenaufsicht und Nationalbank gemeinsam ein gezieltes Investitionsprogramm von schlussendlich wohl mehreren Dutzend Milliarden Schweizer Franken auf. Warum sollte das gleiche nicht auch für die Finanzierung von Klimamassnahmen machbar sein? Wir alle wissen nun, dass das möglich ist. Die Erde wird in den kommenden Jahrzehnten also wieder von Menschen bevölkert sein, die sich daran erinnern, dass der vermeintlich „normale“ Status quo einer modernen kapitalistischen Gesellschaft innert kürzester Zeit verändert werden kann. Geht nicht, gibt's nicht mehr. Selbstverständlich wird es auch nach der Corona-Krise soziale, politische Kämpfe brauchen, um einen grundlegenden Wandel herbeizuführen. Die Tatsache, dass es aber möglich ist, bleibt im kollektiven Bewusstsein eingetrichtert und abrufbar.

Die Pandemie macht uns sofern wir auch tatsächlich bereit sind, es zu sehen vielleicht so klar wie nie zuvor, was Globalisierung wirklich heisst. Kaum je war die Notwendigkeit einer gemeinsam handelnden Weltgemeinschaft derart offensichtlich. Und kaum je war offensichtlicher, dass es für die Bedrohungen der Zukunft nicht reichen wird selbst wenn man wollte ein Land oder gar einen Kontinent einfach mit einer Mauer gegen Migrant*innen abzusichern. Gelingt es uns, dieses Bewusstsein politisch zu artikulieren, stehen wir womöglich am Vorabend einer Wende hin zu einer WeltInnenpolitik. Eine WeltInnenpolitik, die in einem ersten Schritt eine Art globalen Vertrag über Rechte und Standards im Gesundheitswesen, eine gemeinsame Pandemieprävention und Reaktionen darauf beinhaltet. Corona könnte so zum Anlass werden, die Globalisierung neu zu denken. Globalisierung als ein Rahmen der weltweiten Kooperation und des kulturellen Austauschs. Als eine gerechte und demokratische Weltordnung mit starken regionalen Wirtschaftskreisläufen durch welche die Versorgung mit Grundgütern klimafreundlicher und krisenresistenter sichergestellt werden kann. Nimmt man das ernst, bedeutet es gerade für die Schweiz, dass es zukünftig nicht mehr möglich sein wird, weiterhin eine Standortpolitik, und insbesondere eine Steuerpolitik, zu

betreiben, die die Fähigkeit anderer Staaten untergräbt, einen funktionierenden Service public zu finanzieren.

5. Der Blick nach vorn: Commons und Verteilungsgerechtigkeit als Eckpfeiler einer postneoliberalen Phase

Bis vor kurzem galt, dass der Neoliberalismus auch zwölf Jahre nach der Finanzkrise zwar vielleicht angezählt und geschwächt, aber noch lange nicht tot ist. Kann ein Virus dem "befremdlichen Überleben des Neoliberalismus" (Colin Crouch) ein Ende setzen? Die aktuelle Krise hat insofern eine andere Qualität als die Finanzkrise, als dass sie die Folgen neoliberaler Politik und Ideologie für alle deutlich sichtbar und erfahrbar macht. Wer möchte in nächster Zukunft noch behaupten, dass es für alle besser ist, wenn die sozialen Infrastrukturen, insbesondere auch der Gesundheitssektor, der Profitlogik unterworfen werden? Die absurde Jagd nach Medikamenten, Masken und Beatmungsgeräten, die Streitigkeiten über Ein- und Ausfuhr oder die fehlenden Impfstoffe offenbaren eine empfindliche Lücke. Dank Corona muss man kein Kommunist mehr sein um festzustellen, dass die grundlegenden Infrastrukturen einer Gesellschaft nicht dem Markt überlassen werden sollten. Dementsprechend werden die politischen Debatten über das "richtige Verhältnis" von Demokratie und Markt in nächster Zukunft wohl intensiver geführt werden. Wir müssen in diesen Auseinandersetzungen nun endlich in die Offensive. Es gibt ein "window of opportunity" für Schritte vorwärts: Gesundheit, Bildung, Wohnen, Mobilität, Nahrung, Wasser, Energie, Medien und Kommunikation – Gemeingüter moderner Gesellschaften dürfen nicht privatisiert und zur Gewinnmaximierung missbraucht werden. Jeder Mensch muss unabhängig von seinem Einkommen und Vermögen Zugang zu diesen Gütern haben und über diese Güter demokratisch mitbestimmen können. Das ist das Versprechen der Commons, das gerade auch für den gerechten Umgang mit der Klimaerwärmung und als Gegenpol zum in der Corona-Krise weiter erstarkten "Überwachungskapitalismus" (Shoshana Zuboff) so wichtig ist.

Generell wird in der Krise unser Sensorium für Ungleichheit und Ungerechtigkeit geschärft. Fussball-Millionäre, die sich weigern, auf einen Teil ihres horrenden Lohns zu verzichten, kommen gerade nicht gut an. Die neoliberale Mentalität des Egoismus und der Rücksichtslosigkeit ist zwar bestimmt nicht verschwunden, sie sitzt aber gerade auf der Ersatzbank. Wir müssen dafür sorgen, dass sie auch dort bleibt. Konkret geht es darum, beim Thema Verteilungsgerechtigkeit rasch einen grossen Schritt weiter zu kommen. Es gilt nicht nur zu verhindern, dass die Schwächsten den höchsten Preis für die Krise zahlen das übliche Spiel der Krisenbewältigung im Kapitalismus. Vielmehr noch ist an eine zukunftsfähige Gesellschaft nur dann zu denken, wenn die riesigen Ungleichgewichte in Sachen Macht und Geld massiv reduziert werden. Die nötigen Massnahmen dazu sind altbekannt, können aber beispielsweise auch im jüngsten Werk des Ökonomie-Rockstars Thomas Piketty nachgelesen werden: Eine solidarische Steuerpolitik und eine Demokratisierung der Wirtschaft.

Der Lockdown in der Schweiz dauert voraussichtlich noch bis am 26. April. Danach wird es eine schrittweise Lockerung des Ausnahmezustandes, eine schritt-

weise Rückkehr zur "Normalität" geben. Sobald wir auf der Strasse wieder Druck aufbauen können, sobald der Politikbetrieb wieder läuft, ist es an uns allen, dafür sorgen, dass die Normalität nach der Krise eine andere sein wird als zuvor.

Zu den Personen: Cédric Wermuth ist Nationalrat der Sozialdemokratischen Partei. Pascal Zwicky ist Denknetz Mitglied.



Weiterführende Links

- 1 <https://www.projectsyndicate.org/commentary/willcovid19remaketheworldbydanirodrik202004>
- 2 <https://qq.media/2020/03/26/surlasituationepidemieparalainbadiou/>
- 3 <https://eu.usatoday.com/story/news/nation/2020/03/24/covid19texasofficialsuggestselderlywillingdieeconomy/2905990001/>
- 4 <https://www.fairunterwegs.org/newsmedien/news/detail/andreasriegerpascalpfistervaniaalleva-verkantearbeitdienstleistungsangestellteindersc/>
- 5 <https://www.thetricontinental.org/newsletterissue/newsletter132020newworldorder/>
- 6 http://www.denknetz.ch/wpcontent/uploads/2020/04/2020_CoronaKrise_FeministischeAnalyseundfeministischerAufbruch_def.pdf
- 7 http://www.denknetz.ch/wpcontent/uploads/2020/04/Gurny_Ringger_Care_Corona.pdf
- 8 <https://emagazin.wiwo.de/?ticket=ST3381022MnkQhEgtIEEUcnUPW4i7ap3#read/52/Wirtschaftswoche/20200412/1>
- 9 http://www.denknetz.ch/wpcontent/uploads/2020/04/Zwicky_Statistik_Wissenschaft.pdf